

Bürokratiekosten

Eine Frage des Spielraums

Je höher der Gestaltungsspielraum der Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung von EU-Richtlinien ist, desto mehr unterscheiden sich von Land zu Land die administrativen Kosten, die Unternehmen schultern müssen. Das zeigt eine aktuelle Befragung von Betrieben in Deutschland, Frankreich und Spanien durch die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult im Auftrag der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.


So gilt beispielsweise für alle Unternehmen mit mindestens einem Angestellten die EU-Gleichstellungsrichtlinie. Für die Firmen in Deutschland sind damit Bürokratiekosten in Höhe von gut 2 Milliarden Euro im Jahr verbunden. In Spanien sind es 2,5 Milliarden Euro – obwohl die Richtlinie dort aufgrund der Größe der Wirtschaft deutlich weniger Unternehmen betrifft. Madrid aber hat die EU-Vorgaben am strengsten umgesetzt. Firmen mit mehr als 250 Mitarbeitern müssen zum Beispiel Gleichstellungspläne ausarbeiten.

Im Gegensatz dazu hatten die EU-Staaten bei der Emissionshandelsrichtlinie wenig Spielraum. Dass in Deutschland mit fast 57 Millionen Euro jährlich die meisten administrativen Kosten anfallen, liegt einzig daran, dass in der Bundesrepublik viele emissionshandelspflichtige Industrieanlagen zu Hause sind.

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.): Bürokratiekosten durch EU-Vorschriften. Download unter: www.iwconsult.de

Ansprechpartnerin im IW: **Lena Calahorrano, Telefon: 0221 4981-725**

Kosten sind auch hausgemacht

Bürokratiekosten. Eine aktuelle Unternehmensbefragung der Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult im Auftrag der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. zeigt, dass neue EU-Richtlinien in den Unternehmen hohe administrative Kosten verursachen. 

Neue Vorschriften bedeuten neue Bürokratie. Die europäische Emissionshandelsrichtlinie etwa verpflichtet Betreiber von Anlagen, die CO₂ ausstoßen, die Menge der Emissionen zu dokumentieren. Zudem müssen sie die Zahl der nötigen Emissionsrechte ermitteln und beantragen. Dafür wiederum müssen die Betriebe entsprechende Kontroll-

systeme einrichten und ihre Berichte externen Prüfern vorlegen.

Das alles verursacht Kosten. Die IW Consult hat untersucht, wie hoch diese Aufwendungen sind. Dafür hat sie Firmen in Deutschland, Frankreich und Spanien befragt (Grafik):

Während die Bürokratie rund um die Emissionshandelsrichtlinie die Unternehmen in Deutschland jährlich

knapp 57 Millionen Euro kostet, schlagen die administrativen Kosten in Frankreich mit nur 26 Millionen Euro zu Buche.

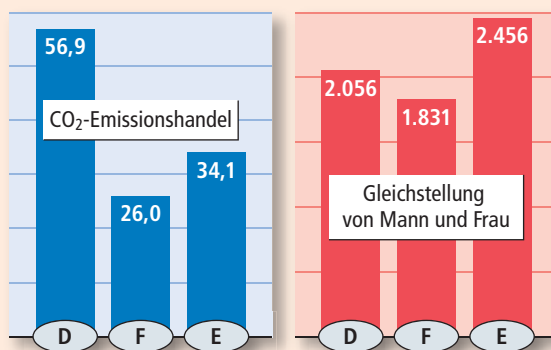
Ein Grund für die Differenz ist, dass hierzulande viel mehr Betriebe von der Richtlinie betroffen sind.

Die Kostenunterschiede bei der Richtlinie zur Gleichstellung von Mann und Frau haben dagegen eine andere Ursache: Die Länder hatten hier bei der Umsetzung viel mehr Spielraum. Von dieser Richtlinie sind alle Unternehmen mit mindestens einem Angestellten betroffen. Und obwohl das in Deutschland deutlich mehr Firmen sind, müssen spanische Betriebe viel höhere administrative Kosten schultern – weil Madrid beispielsweise verlangt, dass Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern Gleichstellungspläne ausarbeiten müssen.


EU-Bürokratie geht ins Geld

Europäische Richtlinien werden vom Rat oder der Kommission erlassen. Ihr Inhalt muss in nationales Recht umgewandelt werden, wobei die EU-Staaten aber auch einen Gestaltungsspielraum haben.

Jährliche administrative Kosten dieser EU-Richtlinien für Unternehmen in Millionen Euro



auf Basis einer Befragung von 172 (CO₂-Emissionshandel) bzw. 1.159 Unternehmen von April bis Juli 2011; Quelle: IW Consult

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 10



Studie

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.):

Bürokratiekosten durch EU-Vorschriften

Download unter: www.iwconsult.de